

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

DI Dalibor Strasky
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

9. Jänner 2018

zum Thema

**„AKW-Ausbau in Grenznähe vor der Entscheidung:
Oberösterreichs Nein gegen AKW-Ausbau Dukovany –
die Landes-Stellungnahme liegt vor, Finanzierung völlig unklar,
Vorentscheidung in wenigen Wochen durch das Europäische
Gericht“**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"AKW-Ausbau in Grenznähe vor der Entscheidung: Oberösterreichs Nein gegen AKW-Ausbau Dukovany – die Landes-Stellungnahme liegt vor, Finanzierung völlig unklar, Vorentscheidung in wenigen Wochen durch Europ. Gericht"

Die tschechischen Atom-Pläne stehen vor der Entscheidung: Die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung für den Ausbau des nur wenige Kilometer von Österreich entfernten AKW Dukovany wurde gestartet. Nach eingehender Überprüfung durch den öö. Antiatombeauftragten hat Oberösterreich eine detaillierte Stellungnahme erarbeitet mit einem klaren Nein zu dieser Gefahr. Die Kritikpunkte: fehlende Notwendigkeit des Projekts, gravierend negative Auswirkungen auf die Umwelt, fehlende Wirtschaftlichkeit.

Eine weitere Stellungnahme gegen den AKW-Dukovany-Ausbau wurde zusätzlich gemeinsam von den Bundesländern eingebracht. Bürger/innen und Organisationen können bis 15. Jänner u.a. Muster-Stellungnahmen des Antiatom-Komitees nutzen und so ihren Widerstand kundtun.

Neben den Stellungnahmen kommt starke Kritik an AKW-Neubauten in Europa von der von LR Anschober gegründeten „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ – mit aktuell schon 15 Mitgliedern. Ziel ist es, eine starke Stimme gegen die Atomlobby zu sein – gegen AKW-Neubauten und gegen AKW-Laufzeitverlängerungen.

Die zentrale Weichenstellung beim tschechischen Atomausbau ist aber das Urteil des Europäischen Gerichts über Milliardensubventionen beim AKW Hinkley Point, das in der ersten Jahreshälfte 2018 erwartet wird. Denn auch die Finanzierung für einen weiteren AKW-Block in Dukovany ist völlig unklar. *„Entscheidet das Europäische Gericht inhaltlich im Sinne der Wettbewerbsregeln, kann es nur zu einer Ablehnung von staatlichen Milliardensubventionen für Atomkraft kommen. Damit wären die AKW-Pläne in England und Tschechien Geschichte, denn Atomkraft ist wirtschaftlich nicht mehr darstellbar, kein Unternehmen wird dieses Milliardengrab ohne Subventionen und Garantien auf sich nehmen“*, so LR Anschober.

Denn alle Erneuerbaren Energieträger sind mittlerweile deutlich wirtschaftlicher als Atomstrom, gerade der in Hinkley Point geplante derzeit modernste EPR-Reaktor weist bei allen drei aktuellen weltweiten Baustellen in Frankreich (Flamanville), Finnland (Olkiluoto) und China (Taishan) dramatische Bauzeitverlängerungen und eine Vervielfachung der Kosten auf. Die Atomenergie ist ein wirtschaftlicher Megaflop und ein laufendes Sicherheitsrisiko. LR Anschober: *„Daher wird Oberösterreich mit aller Kraft gegen weitere AKW-Ausbauten an der Landesgrenze in Temelin oder Dukovany kämpfen - gemeinsam mit immer mehr Verbündeten und mit allen politischen und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten.“*

Geplanter AKW-Ausbau in Tschechien: Hintergrund

Das AKW Dukovany besteht derzeit aus vier Reaktorblöcken, die ab 1979 errichtet und von 1985-87 in Betrieb genommen wurden. Es liegt nur 120 km von der öö. Landesgrenze entfernt. Im Fall eines Unfalls in Dukovany ist daher von einer unmittelbaren Akutgefährdung Oberösterreichs auszugehen.

Das Tschechische Umweltministerium hat der Republik Österreich die Umweltverträglichkeitserklärung für das Vorhaben „Neue Kernkraftanlage am Standort Dukovany, Tschechien“ übermittelt – bis 15. Jänner können nun schriftliche Stellungnahmen im Verfahren abgegeben werden.

Aufgrund des definitiven Laufzeitendes der vier Reaktoren im AKW Dukovany zwischen 2035 und 2037, war das Ziel der tschechischen Regierung, den neuen Block spätestens 2035 ans Netz zu nehmen. Aktuell gesteht das zuständige Regierungsteam ein, frühestens 2039 starten zu können. Also schon 4 Jahre Verspätung - unter Expert/innen wird auch diese Einschätzung noch bezweifelt. Die Finanzierung eines neuen Reaktorblocks ist nach wie vor völlig offen.

Stellungnahme des Landes OÖ: Hauptpunkte der Kritik – Ablehnung!

a. Prüfung virtuelle Anlage und Gesundheitliche Auswirkungen

Die Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) betrachtet eine virtuelle Anlage, bei der nicht nachgewiesen wurde, ob die Kombination der Parameterwerte realistisch ist. Die Unsicherheiten erlauben u.a. auch keine belastbare Bewertung der Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, was die in der UVE verwendete Studie über die Bewertung der Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung feststellt. Die dargestellten Betrachtungen der Unfallabläufe haben so nur einen theoretischen Wert.

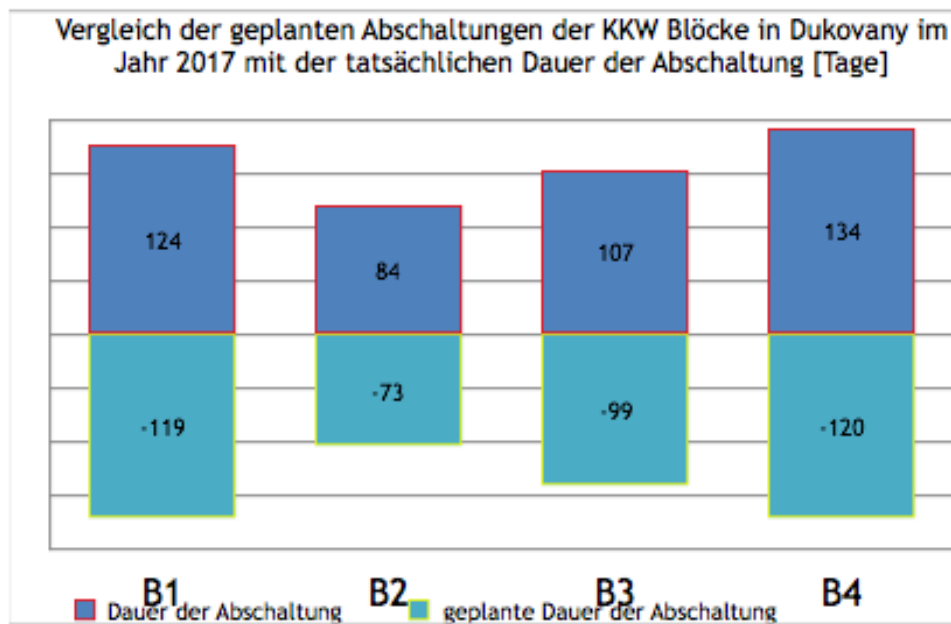
b. Konzept der großen Blöcke

Die Leistung der für den Standort Dukovany vorgesehenen neuen Blöcke beträgt mindestens 1200 MW_e. Dieses Konzept scheint mit Rücksicht auf die vorgesehene Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft in Tschechien wenig sinnvoll zu sein. Die Energiepolitik sieht nämlich vor, die Kohlekraftwerke schrittweise stillzulegen. Übrig bleiben würden die großen AKW-Blöcke und kleine, eher dezentrale Einheiten. Ein solches System ist praktisch nicht steuerbar, instabil und erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Stromsystemen in den Nachbarländern. Dies steht im Widerspruch zur Begründung der „Notwendigkeit“ des AKW-Ausbaus in der tschechischen Energiepolitik, die sich auf Energieautarkie und Stromexport beruft. Beim Ausfall eines großen Blocks in Tschechien können dann Probleme auch ins österreichische Versorgungssystem übertragen werden.

c. „Zuverlässigkeit“ der Atomkraftwerke

Die Aussage über die „überdurchschnittliche“ Zuverlässigkeit insbesondere der AKW-Anlage Dukovany ist aufgrund der Tatsachen massiv zu bezweifeln. In den Jahren 2015-17 mussten im AKW Dukovany insgesamt 23.065 Schweißnähte überprüft werden, da die Prüfprotokolle sich als gefälscht oder von schlechter Qualität gezeigt haben. Davon mussten 3.199 Schweißnähte (14%) repariert werden. Ähnliches wurde auch im AKW Temelín festgestellt. Die entsprechenden Abschaltungen haben für den Betreiber Verluste in der Höhe von 100 Mio. Euro nur für das Jahr 2015 verursacht, so der Vorstand der AG ČEZ Daniel Beneš. Zu

unerwarteten Verzögerungen kommt es aber auch bei den geplanten Abschaltungen: bei den Wiederinbetriebnahmen gibt es sehr oft Probleme mit der Dichtheit der Anlagenteile, Versagen der Ventile etc. Allein im Jahr 2017 haben diese ungeplant verlängerten Abschaltungen Produktionsverluste von 38 Tagen (465 GWh) verursacht (siehe Diagramm unten).



Quelle: Heveryová, M.: Plány odstávek bloků EDU a skutečnost, Praha, 2017 - zusammengestellt aufgrund der Statistiken des Betreibers REMIT (Market Transparency) - <https://www.cez.cz/cs/vyroba-elektřiny/remit.html>

d. Tritiumwässer

Zu den Besonderheiten des AKW Dukovany gehören die tritiumhaltigen Dampfschwaden aus den Kühltürmen. Die tritiumhaltigen Abwässer aus dem KKW werden nämlich in denselben Stausee Mohelno geführt, von wo auch das „Rohwasser“ in die Aufbereitungsanlage des AKW gepumpt wird. Über die Kühltürme gelangt somit ungefähr 20% des im KKW produzierten Tritiums in die Luft. Die neue AKW-Anlage würde daran nichts ändern und es ist geplant, auf diesem Weg Teile des Tritiums zu „entsorgen“. Zudem ist vorgesehen, bei einem zu niedrigen Durchfluss im Fluss Jihlava, die Abwassermenge um 50% zu reduzieren und noch mehr Tritium über die Kühltürme in die Luft abzugeben –

dies vermutlich um Grenzwerte für die Einleitung von Tritium ins Gewässer nicht zu überschreiten.

Die tritiumhaltigen Abwässer der geplanten Anlage dürfen nicht über die Kühltürme in die Luft überführt werden, auch nicht nur teilweise, da diese Ableitungen die Strahlensituation in Österreich negativ beeinflussen können. Diese Praxis bei bestehenden KKW-Blöcken muss baldmöglichst gestoppt werden.

e. Wasserbilanz

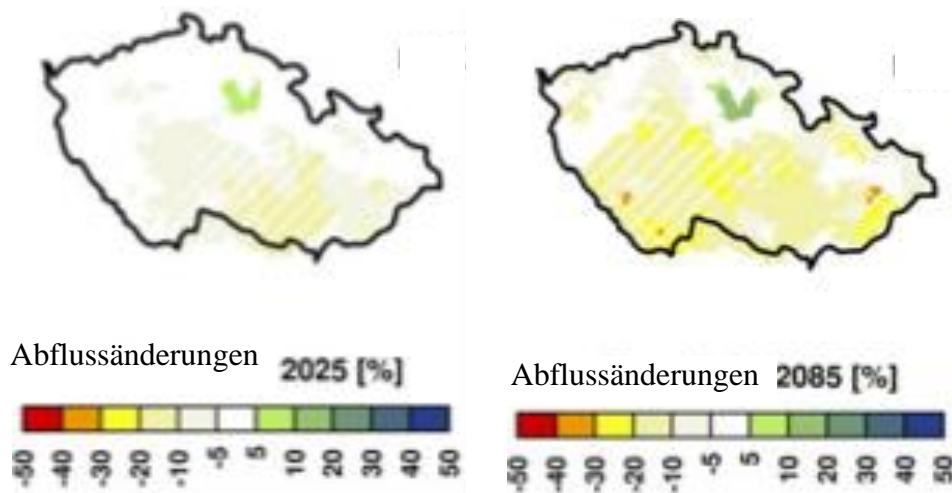
Den limitierenden Faktor des Standortes Dukovany stellt der Mangel an Kühlwasser aus dem Fluss Jihlava dar. Aus diesem Grund konnten hier nur 4 Blöcke mit einer Gesamtleistung von 1760 MWe aufgebaut werden. Derzeit werden die Blöcke mit einer Leistung von 2040 MWe betrieben, also am Maximum, was die Kühlwasserquelle betrifft und was als Grenzwert bei der Planung betrachtet wurde. Die UVE stellt jedoch fest, dass die für den Standort limitierende Leistung 3250 MWe beträgt, ohne jegliche Begründung oder jeglichen Verweis auf eine Quelle. Bei dem parallelen Betrieb der bestehenden Blöcke mit einem neuen mit der Leistung von mindestens 1200 MWe, was die UVE vorsieht, können also Probleme in der Wasserversorgung entstehen.

Die Berechnungen vom Betreiber CEZ ergeben einen Wasserverbrauch in den Kühltürmen des AKW Dukovany in der Höhe von 40.000.000 m³/Jahr (abhängig von den Wetterverhältnissen). Der in der UVE angegebene Wasserverbrauch für die bestehenden Blöcke scheint stark unterschätzt zu sein. Der Verbrauch des neuen Blocks mit einer Leistung von 1200 MWe würde Schätzungen nach 24.000.000 m³/Jahr betragen. Mit diesen Angaben kommt man aber über den Grenzwert für die Wasserentnahme (63.000.000 m³/Jahr). Der vorgesehene Parallelbetrieb der neuen Anlage mit den bestehenden Blöcken wäre also aus wasserwirtschaftlichen Gründen nicht möglich.

f. Auswirkung der Klimaänderungen

Die oben beschriebenen Probleme mit dem Kühlwassermangel werden voraussichtlich durch die Klimaänderungen noch verschärft. Die Studie von Jan Pretel rechnet mit einem Rückgang der Niederschläge im Einzugsgebiet des

Flusses Jihlava in Folge der Klimaänderungen. Noch deutlicher ist der Trend in den Abflussänderungen zu verzeichnen. Im Jahr 2025 wird erwartet, dass der Abfluss im Einzugsgebiet der Jihlava um 10 bis 20% geringer wird, im Jahr 2085 sogar um 20 - 30%.



Quelle: Birklen, P. et al.: Komplexní studie dopadů, zranitelnosti a zdrojů rizik souvisejících se změnou klimatu v ČR, Ekotoxa, s.r.o., Brno. listopad 2015

Schlussfolgerung der Stellungnahme

Der Standort ist aus wasserwirtschaftlichen und strahlenschutzbedingten Gründen für einen Betrieb von Energieanlagen mit einer Leistung von mehr als 2000 MWe nicht geeignet. Die kommenden Klimaänderungen werden diesen Grenzwert höchstwahrscheinlich noch reduzieren. Die Leistung der bestehenden Anlagen ist dementsprechend zu reduzieren. Also die bestehenden Blöcke, deren ursprünglich geplante Laufzeit schon ohnehin ausgelaufen ist, sind stufenweise stillzulegen.

Die Lösung des Problems mit den tritiumhaltigen Abwässern durch ihre teilweise Überführung in die Luft ist insbesondere für Österreich völlig inakzeptabel. Dies gilt auch für die heutige Lage, wenn ungefähr 20% der Tritiumfreilassungen über die Kühltürme in die Luft geht. Wenn die Wasserbilanz in Standort keinen Betrieb der KKW erlaubt, dürfen die KKW Blöcke nicht betrieben werden.

Die erwünschte Verbesserung von vielen nicht korrekten, falschen und zweckbestimmten Behauptungen in der UVE nach ihrer eventuellen Zurückweisung kann daran nichts ändern.

Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg

Gebündelter Protest kommt von der "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg", die LR Anschober 2016 gegründet hat, mit dem Ziel einen Gegenpol zur starken Pro-Atom-Lobby zu bilden. *„Unser Ziel ist es, Laufzeitverlängerungen zu beschränken und Subventionen für Neubauprojekte zu stoppen. Denn sind die Altreaktoren erstmal vom Netz und werden völlig unwirtschaftliche AKW-Neubauprojekte auch durch staatliche Überlebensmaßnahmen nicht mehr gestützt, dann ist Atomkraft endgültig am Ende!“*

Heute sind bereits 15 Regionen mit rund 50 Millionen Bewohner/innen in unserer Allianz aktiv. Ziel für 2018 ist eine Verdoppelung.

Entscheidung über staatliche Subventionen: Europäisches Gericht am Zug

Meilenstein für alle Neubau-Projekte in Europa ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof erster Instanz über britische Milliarden subventionen für das AKW-Projekt Hinkley Point, welche als Blaupause auch für den Atomkraft-Ausbau in Tschechien und weitere AKW-Projekte in Europa angesehen wird. Nachdem die Republik Österreich eine Nichtigkeitsklage gegen die Zulassung der Subventionen durch die Europäische Kommission eingebracht hat, wird ein Urteil erster Instanz im ersten Halbjahr 2018 erwartet.

LR Anschober: *„Mein Ansatz, ganz auf den wirtschaftlichen Hebel gegen Atomkraft zu setzen, geht auf. Trifft nun auch der Europäische Gerichtshof erster Instanz die Entscheidung gegen staatliche Beihilfen für Hinkley Point, gibt es keinen Weg mehr für Energieunternehmen, Atomkraft wirtschaftlich darstellen zu können – das Risiko inkl. Investitionen in Sicherheit ist zu groß, der Strombörsepreis viel zu niedrig, als dass sich eine Investition rechnen könnte.“*